

Newsletter des Europainstituts Basel, seines Fördervereins und seiner Alumni Association

Europainstitut Basel, Gellertstrasse 27, 4020 Basel, Tel: 061 317 97 67, [www.europa.unibas.ch](http://www.europa.unibas.ch)



## Krisen, Kommentare und der Euro

Laurent Goetschel, Professor für Politikwissenschaften, Europainstitut der Universität Basel

Internationale Politik ist generell weniger präsent in öffentlichen Debatten als nationale Politik. Das haben zahlreiche empirische Studien zur politischen Berichterstattung belegt. Eine Ausnahme von dieser Regel bilden internationale Krisen: Wenn es zu ernsthaften Spannungen kommt, wie etwa in der Côte d'Ivoire kurz vor der letzten Weihnacht, oder in Tunesien wie jetzt, schielen alle auf die entsprechenden Orte und suchen nach Erklärungen. Einige wenige begnügen sich mit Fragen. Am Extremsten sind Kriege, die eine wahre Magnetwirkung auf Berichterstattung und Öffentlichkeit ausüben. Auch dazu ist viel geschrieben worden, von den Persönlichkeiten der Kriegsberichterstattung über neue Methoden der Informationsübermittlung bis hin zur Faszination, die Kampfhandlungen, Leiden und Elend auf die breite Öffentlichkeit ausüben. Schlechte Nachrichten sind offensichtlich die besseren Nachrichten als gute - und dies erst recht mit Blick auf die internationale Politik.

Auch der Euro bildet hier keine Ausnahme: Die Unsicherheiten über die griechische Zahlungsfähigkeit und die befürchteten Domino-Effekte auf Länder wie Portugal, Spanien und Irland haben die europäische Währung in aller Leute Munde gebracht. Dabei wurde mit Blick auf die scheinbar gegensätzlichen Interessen europäischer Länder wie Deutschland und Griechenland auch auf kämpferisches Vokabular zurückgegriffen: von Opfern, Verteidigung, Überleben und (Wirtschafts-) Krieg war die Rede. Und wie in anderen Krisen waren auch

hier primär Katastrophen-Szenarien gefragt, Erklärungen wieso es so kommen musste und welche weiteren negativen Folgen zu erwarten sind. Vor allem Schreckens-Anguren fühlen sich in ihren Ansichten bestärkt, dass es so kommen musste, weil sie selber es immer so vorausgesagt hatten. Es entsteht eine leicht bizarr anmutende Symbiose zwischen der Katastrophe und ihren Kommentatoren. Die Verfechter zuvor verkannter pessimistischer Einschätzungen werden durch die Realität bestärkt und ihre Kritiker eines Besseren belehrt.

Dabei werden Strukturen und Akteure, Ereignisse und Kommentierende, oder eben die Wissenschaft und die zu beobachtende Umgebung radikal getrennt, so wie wenn es eine objektive Realität jenseits ihrer Wahrnehmung durch die Menschen geben könnte. Von Politikern wissen wir, dass sie dazu tendieren, Fakten ihren Parteiprogrammen anzupassen. Wissenschaftler machen es umgekehrt: Sie suchen nach Erklärungen und Theorien, die zu den Fakten passen. Doch auch sie können flexibel bis hin zu kreativ sein, wenn es darum geht, altbewährte Positionen zu bewahren. Werden Fakten auch nicht verfälscht, so können diese doch selektiv und unter Ausblendung störender Randbedingungen aufgenommen werden.

Krisen haben die Tendenz, diesen Scheuklappen-Blick zu verstärken: Nach dem 9/11 verfielen ganze Heerscharen amerikanischer Politikwissenschaftler der Logik der Bush-

Administration im „Krieg gegen den Terrorismus“. Erst langsam gewannen ausgewogenere und subtilere Perspektiven zu den Ursachen und den möglichen Antworten an Bedeutung. Dasselbe scheint mit Blick auf den Euro zu gelten: Während zunächst apodiktische Ansichten zum unausweichlichen weiteren Niedergang der europäischen Währung das Feld beherrschten, kommt nun eine breiter angelegte Diskussion auf. Die Debatten zu den (allzu) disparaten wirtschaftlichen Kenndaten der Euro-Länder werden ergänzt um eine Rückbesinnung auf die grundsätzlich politischen Wurzeln des Euro, zu deren Umsetzung in die politische Praxis jedoch damals der Wille fehlte.

Daraus wird ersichtlich, dass Massnahmen, die bezwecken, einen Weg aus der Euro-Krise zu finden, in ihrem Kern sicherlich ökonomische Reformen beinhalten müssen. Unabdingbar ist jedoch eine ergänzende politische Dimension. Die bereits erfolgten Be-



Europainstitut der Universität Basel  
Gellertstr. 27  
Postfach, 4020 Basel

schlüsse zur Einrichtung verbesserter Überwachungs-, Stabilisierungs-, und Krisenreaktionsmechanismen weisen in diese Richtung. Sie enthalten Verpflichtungen der Euro-Länder zu mehr finanzpolitischer Disziplin und zu Solidarität beim Auftreten von Schwierigkeiten. Daraus wird ersichtlich, dass der Euro nicht nur als Währung zu sehen ist, sondern als politisch gewollter Vektor der europäischen Integration und Gemeinschaftsbildung. Diesem komplexen Kontext gilt es bei der Beurteilung der Krise und vor allem auch

bei der Suche nach Lösungsmöglichkeiten Rechnung zu tragen. Dabei ist die alleinige Fokussierung auf Währungsaspekte genauso verengend wie der Versuch, Ereignisse wie den 9/11 oder die aktuellen Entwicklungen in den nordafrikanischen Ländern auf das Phänomen des Islamismus reduzieren zu wollen. Es geht darum, unter Einbezug unterschiedlicher Perspektiven aus verschiedenen Disziplinen eine möglichst umfassende Analyse der Krisenursachen zu erstellen und daraus entsprechende Schlüsse zu zie-

hen.

Solche Beurteilungen sind zwangsläufig nüancierter und komplexer als „Krisen-Kommentare“. Umso mehr können sie dazu beitragen, den Euro nachhaltig zu stärken, was nicht zuletzt auch der Schweiz wirtschaftlich zum Vorteil gereichen würde. Dies zu vermitteln, wird jedoch schwierig sein, denn dann werden die Krise überwunden und das öffentliche Interesse am Euro bereits wieder geschwunden sein.

## Konferenzbericht



**Konferenz zur „Reform der EU-Finanzaufsicht“, organisiert von der Europäischen Rechtsakademie, Brüssel, 9./10. Dezember 2010**

### Die neue Finanzaufsichtsarchitektur in der EU

Bozena Hagen, Assistentin für den Fachbereich Recht am Europainstitut der Universität Basel

Innerhalb eines Jahres seit der Veröffentlichung der Verordnungsvorschläge zur Reform der Finanzaufsicht durch die Europäische Kommission, wurde im September 2010 der politische Durchbruch in Form eines Kompromisses zwischen dem Europäischen Parlament und dem Rat gefunden. Demzufolge entsteht per 1. Januar 2011 ein neues Europäisches Finanzaufsichtssystem (European System of Financial Supervision, ESFS) auf zwei Ebenen. Auf der Ebene der mikroprudentiellen Aufsicht sollen die nationalen Finanzaufsichtsbehörden im Netzverbund mit den neuen Europäischen Aufsichtsbehörden (European Supervisory Authorities, ESAs) kooperieren. Bei den ESAs handelt es sich konkret um die Europäische Bankaufsichtsbehörde (European Banking Authority, EBA), die Europäische Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung (European Insurance and Occupational Pensions Supervisory Authority, EIOPA) und die Europäische Wertpapieraufsichtsbehörde (European Securities and Markets Authority, ESMA). Diese treten entsprechend an die Stelle der bisherigen Ausschüsse der Europäischen Bankaufsichtsbehörden, der Europäischen Aufsichtsbehörden

für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung sowie der Europäischen Wertpapierregulierungsbehörden. Um die intersektorale Zusammenarbeit zu gewährleisten ist ein Gemeinsamer Ausschuss der Europäischen Aufsichtsbehörden (Joint Committee) vorgesehen. Auf der Ebene der makroprudentiellen Aufsicht wird hingegen der Europäische Ausschuss für Systemrisiken (European Systemic Risk Board, ESRB) die Risiken für die Stabilität des gesamten Finanzsystems überwachen und bewerten.

Die Reform der Finanzaufsicht, die für die EU in vergleichsweise kurzer Zeit verabschiedet wurde, ist eindeutig als eine der revolutionären Neuordnungen der EU anzusehen. Da die Neuausrichtung für viele ExpertInnen nicht selbstverständlich ist, stellen sich in diesem Zusammenhang zahlreiche juristische Fragen. Einige davon wurden während der Konferenz zur „Reform der EU Finanzaufsicht“ erörtert.

WissenschaftlerInnen und ExpertInnen aus der Aufsichtspraxis haben sich u.a. mit folgenden Aspekten der Europäisierung der Finanzaufsicht auseinandergesetzt: Systemrisiken und makropru-

dentielle Aufsicht (emeritierte Prof. Dr. Jean-Victor Louis, Université Libre de Bruxelles und Prof. Dr. Kern Alexander, Universität Zürich und Cambridge), normative und quasi-normative Kompetenzen der neuen Behörden (Prof. Dr. Kern Alexander) sowie individuelle Entscheidungsbefugnisse der EBA (Gabrielle Arnoldi, Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, BaFin). Der zweite Teil der Konferenz widmete sich speziell den nationalen Aufsichtsbehörden und deren Befugnisse (Prof. Dr. Takis Tridimas, Queen Mary University of London) wie auch der ESMA, die vergleichsweise mehr Macht als die anderen beiden Behörden gewinnen konnte (Prof. Dr. Niamh Moloney, London School of Economics).

Die Referenten präsentierten aufschlussreiche Aspekte der komplexen Neugestaltung der Aufsichtsarchitektur und analysierten künftige Herausforderungen für die Finanzaufsicht in Europa. Exemplarisch wird hier auf einige wenige Ausführungen eingegangen. Prof. Louis machte die Anwesenden auf die in der Geschichte der EU erstmalige Definition des Systemrisikos aufmerksam. Eben solche Beachtung verdiente der Status des neu geschaf-

fenen Ausschusses für Systemrisiken. Dessen Besonderheit liege darin, dass er unabhängig bleiben solle auch wenn er, im Gegenteil zu den neuen Europäischen Aufsichtsbehörden, über keine eigene Rechtspersönlichkeit verfüge. Darüber hinaus wurde in der Paneldiskussion die Problematik der politischen Rechenschaftspflicht des ESRB vor dem Europäischen Parlament diskutiert. Aus der Diskussion lässt sich schliessen,

dass diese fraglich sein dürfte, insbesondere wenn man die Vertraulichkeit der Informationen berücksichtigt, die dem ESRB übermittelt werden sollen.

In Bezug auf die normativen und quasi-normativen Kompetenzen der ESAs verwies Prof. Alexander auf die Entwicklung der modernen Finanzregulierung hin zu einem „interactive risk-based process“. Die europäischen

Regulierungs- und Aufsichtsbehörden sollen sich mit entwickeln, konkludiert er.

Diese und viele weitere interessante Schlussfolgerungen und anregenden Fragestellungen, die während der Konferenz diskutiert wurden, lassen folgern, dass das Thema der Finanzaufsichtsstruktur EuroparechtlerInnen noch längere Zeit beschäftigen wird.

## Alumni Association



### Was macht eigentlich...

#### ... Tobias Frei?

*Der zweite EIB-Alumni-Beitrag kommt von Tobias Frei, dem ersten Doppel-Absolventen eines MAES sowie MA in European Studies, welche er im 2007 bzw. 2010 abgeschlossen hat.*

*Philipp Jordi, Alumni Association des EIB*

#### **Mexico: Manus manum lavat**

Paris, nicht nur die Stadt der Liebe sondern ebenfalls ein Ort tiefer gehender Erkenntnisse. Während meines Erasmusaufenthaltes im Jahre 2004 erlebte ich zum ersten Mal richtig was es heisst, in der Europäischen Union (EU) zu leben. Dieses supranationale Konstrukt faszinierte mich so sehr, dass ich bald schon nach meiner Rückkehr im Jahre 2006 mit dem Master of Advanced Studies im Europainstitut Basel begann. Nach einem Jahr war es bereits wieder zu Ende, mein Wissenshunger aber erst geweckt. Denn, nicht nur im Studium sondern auch in meiner Teilzeitstelle bei der IBM Schweiz konnte ich das mir angeeignete interdisziplinäre Denkvermögen immer wieder anwenden. Daher blieb ich gleich an der Universität Basel eingeschrieben, und setzen meine Europastudien mit dem Master of Arts weiter. In den folgenden zwei Jahren kam jedoch bald wieder mein inneres Verlangen auf, fremde Länder zu entdecken.

Mit der Credit Suisse AG (CS) fand ich den idealen Arbeitgeber, welcher mir diese Möglichkeit eröffnete. Nach einem Jahr im Uetlihof Zürich wurde mir 2009 das Angebot unterbreitet nach Mexico Stadt arbeiten zu gehen. Nun bin ich bald schon ein Jahr

im Land der Mayas und Azteken, und werde wahrscheinlich gleich noch ein paar Jahre bleiben. Das Land ist natürlich komplett anders als die Eidgenossenschaft, weist aber erstaunlicherweise auch Ähnlichkeiten in unerwarteten Bereichen auf. In meiner alltäglichen Arbeit als Aktienhändler für das Private Banking der CS stellte ich bald fest, dass der Schutz der persönlichen Bankdaten eine mindestens so grosse Rolle wie in der Schweiz spielt. Das Einfühlungsvermögen der OECD in die Geschäftspraxis helvetischer Finanzhäuser ist für mich seither auch viel verständlicher.

Eine weitere Analogie zur Schweiz ist die Abhängigkeit vom nördlichen Nachbarn. Sei es als Exportnation, 80% der mexikanischen Güter geht in die USA, als Touristendestination oder als attraktive Wohnmöglichkeit für viele pensionierte Amerikaner. Ohne Uncle Sam läuft in der zweitgrössten lateinamerikanischen Wirtschaft nicht viel. Auch wenn verschiedene Initiativen im Gange sind, so etwa die grösste Solarindustrie im Norden des Landes aufzubauen, ihre reichhaltigen Bodenschätze nachhaltiger zu nutzen, oder als boomende Outsourcing-Destination die Abhängigkeit von den USA zu minimieren, glaube ich nicht, dass ihnen das in den nächsten Jahrzehnten gelin-

gen wird. Dazu wäre mindestens ein Polit-Wunder wie in Brasilien notwendig.

Denn, was hier in Mexico tatsächlich eine grössere Prosperität verhindert, ist hauptsächlich die politische Elite. „Manus manum lavat“ gilt zwar auch in der Privatwirtschaft, denn ohne Beziehungen läuft nichts. Jedoch hat diese „Beziehungswirtschaft“ vor allem in der Politik negative Auswirkungen. Sie korrumpiert das Vertrauen der Bevölkerung in ihre Schicksalsleiter und ermöglichte den noch nie in diesen Ausmassen gekannten Drogenkrieg. Die Unfähigkeit zusammen zu arbeiten, ein System auf die Beine zu stellen, welches pro-aktiv das ganze Land voran bringt oder einen starken und unabhängigen Justizapparat zu implementieren, führt zu einer Lähmung in der Gesellschaft.

Genau hier käme Europa als Orientierungsgrösse wieder zum Zuge. Gerade die europäische Fähigkeit verschiedene politische Interessen immer wieder zusammen zu bringen, für mehr als nur gerade die eigene Legislaturperiode zu denken oder in der (wirtschaftlichen) Not sich gegenseitig zu helfen, könnte als Erfolgsmodell für Mexico dienen.

# Endress+Hauser



People for Process Automation

Die Firma Endress+Hauser verleiht der/dem Absolvierenden mit dem besten MAS-Abschluss einen Preis über CHF 5'000. Dieser wird im Rahmen der Diplomfeier von einer Vertretung von Endress+Hauser in Form eines Checks der Preisträgerin / dem Preisträger überreicht. Der Preis wird erstmals im Herbst 2011 verliehen.

## Vorträge im Frühjahressemester 2011

### Vortragsreihe: Grenzen des schweizerischen Bilateralismus mit der EU

Die Vorträge finden jeweils am Mittwoch, 18.15 Uhr, im Hörsaal 102, Kollegiengebäude der Universität Basel, statt.  
Ausnahme: Der Vortrag am 30.3. findet im Vesalianum, Grosser Hörsaal statt!

Alle Interessierten sind herzlich eingeladen. Eintritt frei.

- |            |  |
|------------|--|
| 23.02.2011 | Georg Kreis, em. Professor für Neue Geschichte der Universität Basel<br><b>Die schweizerische Europapolitik seit 1992</b>  |
| 02.03.2011 | Laurent Goetschel, Professor für Politikwissenschaften der Universität Basel<br><b>Die doppelte Grenzfunktion der aktuellen Integrationspolitik</b>                    |
| 09.03.2011 | Chantal Delli, Dr. iur, MAS, Diplomatin, Schweizer Mission bei der EU, Brüssel<br><b>Die Assoziierung der Schweiz im Schengenraum</b>                                  |
| 23.03.2011 | Christa Tobler, Professor für Europarecht der Universität Basel<br><b>Selektive Teilnahme der Schweiz im Schengenraum</b>  |
| 30.03.2011 | Rolf Weder, Professor für Aussenwirtschaft und Europäische Integration der Universität Basel<br><b>Integratio Helvetica mit Weltblick</b>                              |
| 06.04.2011 | Michael Ambühl, Staatssekretär für internationale Finanzfragen<br><b>Interessendifferenzen und Interessenkongruenzen in den Beziehungen zur EU</b>                     |
| 13.02.2011 | Michael Reiterer, EU-Botschafter für die Schweiz und das Fürstentum Liechtenstein<br><b>Perspektiven der vertraglichen Beziehungen zwischen der EU und der Schweiz</b> |

### Europakolloquien

Die Europakolloquien starten jeweils um 18.15 im Europainstitut, Gellertstrasse 27.

Alle Interessierten sind herzlich eingeladen. Eintritt frei.

- |            |   |
|------------|---|
| 08.04.2011 | Dr. iur. Gieri Bolliger, Geschäftsleiter der Stiftung Tier im Recht, Lehrbeauftragter der Universität Zürich und Dr. med. vet. Heinrich Binder, Leiter Tierschutz im Bundesamt für Veterinärwesen:<br><b>Tierschutz im Spannungsfeld der Beziehungen Schweiz - EU</b> |
| 05.05.2011 | Katrin Kraus, Professorin für Erwachsenenbildung und Weiterbildung, Pädagogische Hochschule FHNW:<br><b>Hat die EU auch einen bildungspolitischen Auftrag?</b>  |